

Geistige Ordnung auf der Baustelle Europa

Die Europäer haben Angst um ihr Geld, es grassieren Zweifel an der Handlungsfähigkeit der EU. Und zugleich fühlen sich die Bürger von der Brüsseler Bürokratie entmündigt.

In dieser Gemengelage genügt eine auf rein finanzielle Aspekte konzentrierte Sanierungspolitik nicht. Die EU braucht eine neue politische Kultur. Von Werner Weidenfeld

Der Kontinent findet keine Ruhe. Er driftet von Krise zu Krise. Was die Europäer erleben, werden künftige Historiker einmal im Rückblick als das grosse politisch-kulturelle Desaster beschreiben. Die politische Klasse hat den Kontinent an die Wand fahren lassen. Sie ist normativ ausgetrocknet und offenbar überfordert. Schuldenberge wurden angehäuft. Es grassiert die Angst um das eigene Geld. Folgerichtig kommen Zweifel an Handlungsfähigkeit und Legitimation der EU auf. Hinweise auf die Entmündigung des Bürgers durch das Monster Europa werden zum Bestseller. Krisenmanagement wird zum eigentlichen Inhalt und zum Erscheinungsbild der Politik. Wäre es eingebettet in eine klare Strategie und Perspektive, dann könnte man alledem die Dramatik nehmen. Aber das ist nicht der Fall. Jeder einzelne Schritt, jeder Kompromiss steht praktisch kontextlos da. Weit über zwei Drittel der Bürger Europas bekennen, dass sie das alles nicht verstehen. Zum eigentlichen Kern des Problems ist diese Orientierungslosigkeit geworden. Die Baustelle Europa braucht also nichts dringender als eine geistige Ordnung.

Undurchsichtige Zuständigkeiten

Wie kann die strategische Antwort auf diese desolate Lage aussehen? Sie kann nicht in dem historischen Hinweis auf die Gründerzeiten bestehen. Manche politische Kulisse der Integration stammt noch aus den Gründerzeiten, als Antwort auf Krieg und Frieden zu geben war – oder dann, als die Einigung Europas politisches Überlebensprinzip im weltpolitischen Konflikt zwischen Ost und West war. Es bedarf jetzt der Verständigung auf einen neuen Begründungszusammenhang, um das Macht-Monster Europa zu verstehen. Schliesslich hat es einen immensen Machttransfer nach Europa gegeben. Reichte es einst, auf die Frage nach europäischer Zuständigkeit mit dem Hinweis auf Agrarmarkt und Aussenzoll zu antworten, so muss man heute umgekehrt argumentieren. Es gibt nur noch zwei Bereiche, in denen Europa nicht das Heft in der Hand hat: die Finanzierung sozialer Sicherheitssysteme und die Kulturpolitik. Die 500 Millionen Menschen mit ökonomischem Potenzial und umfassender militärischer Ausstattung haben die EU in den Rang einer Weltmacht befördert. Umso dringlicher wird es, diese Weltmacht aus taumelnder Orientierungslosigkeit zu befreien.

Dazu bedarf es der neuen Begründungs-Konstellationen und der präzisen Strategien. Nur so kann Europa eine zukunftsfähige Form finden. Die Alternativen lassen sich beobachten: In fast jedem Mitgliedstaat gibt es Fluchtbewegungen aus der Komplexität der Lage in die einfache Formel des

populistischen Extremismus. Das zu lösende Kernproblem ist klar: die Diskrepanz zwischen internationalisierter Problemstruktur, teilweise nationaler, teilweise europäischer Entscheidungsstruktur und nationaler Legitimation. Diese Diskrepanz ist nur zu überwinden, wenn der Machttransfer auf die europäische Ebene eine klare Deutung und eine transparente Erklärung erhält. Drei strategische Schwierigkeiten bedürfen dazu der Lösung: Die Führungsfrage ist bis jetzt ungeklärt. Beobachtern bleibt die Spannung zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Präsidenten des Ministerrats, dem Präsidenten der EU-Kommission, dem Vorsitzenden des Euro-Rates, den Sprechern des Europäischen Parlaments, den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und je nach Aufgabe zusätzlich dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank und der Hohen Repräsentantin für Aussenpolitik nicht verborgen. Aber wer hat für welche Aufgabe die Führungsverantwortung? Diese Frage kann niemand beantworten.

Die EU gehört zu den intransparenten Phänomenen, mit denen das politische Leben bisher umzugehen hatte. Intransparenz aber veranlasst Distanzierung. Daraus folgt die Notwendigkeit, Transparenz zu schaffen. Europa hat dramatisch an Macht gewonnen – aber nicht an Zustimmung der Bürger. Die Euro-Gruppe entscheidet über Milliardenbeträge – aber Interessen und Ziele bleiben unklar und werden von den Europäern nicht verstanden. Die EU-Budgetverhandlungen glichen einem Basar – sie boten keinen anspruchsvollen Diskurs. Wer ist zu solch weitreichenden Entscheidungen überhaupt legitimiert?

Nimmt man die weltpolitische Mitverantwortung Europas hinzu, dann wird das Dilemma evident: Ein intransparentes, kaum legitimes Europa mit ungeklärten Führungsstrukturen kann nicht die Antwort auf die Herausforderungen bieten. Der Bürger muss Europa als sein Europa erfahren können. Er muss es verstehen, er muss partizipieren können. Mehrere Schritte wären dabei hilfreich: Zur institutionellen Fortentwicklung hat der Europäische Rat eine Reformkommission eingesetzt. Eine ähnliche Kommission sollte zum Thema Dezentralisierung und Rückabwicklung von Kompetenzen eingesetzt werden. In der Dynamik des Machttransfers auf die europäische Ebene hat man den Überblick verloren. Der klare Blick auf die Zuordnung von Kompetenzen sollte wiederhergestellt werden.

Eine Union der Bürger schaffen

Ebenso wichtig aber ist das Konzept, ein Europa nah am Bürger zu schaffen. Europa verständlich zu machen, Europa als Ort der Partizipation zu kreieren – das wäre die Lösung. Partizipation kann sich

nicht erschöpfen in Wahlen zum EU-Parlament und künftig vielleicht noch in der Direktwahl eines Präsidenten. Nein, auch die thematischen Details, die strategischen Antworten, die Problemlösungen müssen in einer Partizipationskultur erarbeitet werden. Diese Aufgabe rechtfertigt jeden Aufwand an Phantasie und Kreativität. Europas Politik muss also mit dem Konzept eines «Europa der Bürger» das Erklärungsdefizit eliminieren. Es ist viel Zeit und Kraft auf die Erläuterung zu richten. Wer die Deutungshoheit gewinnt, der gewinnt an Macht, und der gewinnt so auch die Zukunft.

Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.